

## AfD Ärger wegen Erasmus-Studenten

Die Alternative für Deutschland verstößt womöglich gegen Markenrechte. Im März hatte die Partei eine Stiftung gegründet und sie nach Erasmus von Rotterdam benannt. Sollte sie – wie von der AfD angekündigt – Stipendien an Studenten vergeben, könnte die Europäische Kommission dagegen vorgehen, schreibt Bildungskommissar Tibor Navracsics in einem Brief an Kai Gehring. Der grüne Bun-

destagsabgeordnete hatte den Kommissar um Prüfung gebeten, ob Name und Auftrag der Stiftung zu stark an das seit über 28 Jahren existierende Austauschprogramm erinnern. Navracsics stimmt ihm nun zu: „Ich teile Ihre Besorgnis, dass dies zu einer Verwechslung mit dem EU-Programm Erasmus+ führen kann.“ Es bestünde die „Gefahr einer Überschneidung der Aktivitäten“ beider Einrichtungen, so Navracsics. Seine Dienste würden die Angelegenheit weiterhin aufmerksam verfolgen. akm



Flüchtlinge an der Küste der griechischen Insel Kos

## Bundeswehr Soldaten befragen Flüchtlinge

Die Bundeswehr erstellt umfangreiche Personenprofile von Flüchtlingen, die sie im Mittelmeer aufgreift. Dazu wurden vier Soldaten der Feldnachrichtentruppe zur EU-Krisenoperation „European Union Naval Force – Mediterranean“ abkommandiert, an der die Deutsche Marine beteiligt ist. Die Soldaten befragten „grundsätzlich alle“ Flüchtlinge nach Namen, Alter, Wohnort, Beruf und Passdaten, außerdem sollen auch die letzten Aufenthaltsorte und Transitwege in Erfahrung gebracht werden, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfaktion. Die Angaben der Flüchtlinge werden in einer Datenbank gespei-

chert und könnten in einer späteren Phase der Militäroperation im Mittelmeer von großer Bedeutung sein: Die EU-Mitgliedstaaten erwägen, Schlepperboote in nordafrikanischen Häfen zu zerstören und eventuell sogar Bodentruppen zu entsenden. Auch der Bundesnachrichtendienst ist in die Militäroperation eingebunden: Er habe ein „Unterstützungselement Militärisches Nachrichtenwesen bereitgestellt“, heißt es. Weitere Einzelheiten will die Regierung unter Verweis auf das „Staatswohl“ nicht offen mitteilen. Der linke Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko reagiert skeptisch: „Der Einsatz von Militär und Geheimdiensten ist geeignet, die europäische Migrationspolitik weiter zu eskalieren.“ Es wäre besser, die zivile Seenotrettung zu fördern. jös

Jakob Augstein Im Zweifel links

## Gewissenlos



Zwei Meldungen: Deutschland hat an der Griechenlandkrise 100 Milliarden Euro verdient, und für die deutsche Rüstungsindustrie könnte 2015 zum Rekordjahr werden. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun? Irrtum. Der gemeinsame Nenner sieht so aus: Deutschland profitiert vom Leid der anderen. Es ist der Sommer der Gewissenlosigkeit, und wir singen gemeinsam die Ballade vom Geldverdienen: „Ein Deal, ein guter Deal, das ist das Schönste, was es gibt auf der Welt. Ein Deal bleibt immer Deal, auch wenn die ganze Welt zusammenfällt.“

Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle teilt mit: „Jedes Mal, wenn es für die Finanzmärkte in den letzten Jahren negative Neuigkeiten zum Thema Griechenland gab, fielen die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen.“ Ersparnis für Deutschland seit 2010: 100 Milliarden Euro. Selbst wenn Griechenland den Schuldendienst vollständig einstellte, der deutsche Staat hätte an der Krise noch verdient. Der Finanzminister kann sich bei der „Bild“-Zeitung bedanken. Jeder Zeitungsartikel gegen Griechenland war einer für den deutschen Fiskus. An der Börse würde man von einem Insidergeschäft sprechen.

Bei der Rüstung sieht es nicht anders aus: Die Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte haben in der ersten Jahreshälfte bereits annähernd den Gesamtwert des Vorjahres erreicht. Spürpanzer nach Kuwait, Militärfahrzeuge nach Algerien, noch ein U-Boot für Israel – geht alles. Außerdem in der Kundenkartei: Ägypten, Syrien, Katar, Oman, Saudi-Arabien. Kaum ein Kriegs- oder Krisengebiet ohne deutsche Ausrüstung. Sigmar Gabriel sagt zwar: „Für einen Minister, der sich eine restriktive Exportpolitik auf die Fahnen geschrieben hat, zugegebenermaßen eine unkomfortable Situation.“ Gleichwohl kann Gabriel es sich darin ganz bequem einrichten: Als Wirtschaftsminister darf er sich über jeden Export freuen – und als SPD-Chef über eine zufriedene IG Metall. Ein schlechtes Gewissen ist uns fremd. Im Gegenteil! Das Motto lautet ja: Frieden schaffen mit deutschen Waffen.

Unser Bundespräsident Gauck hat gesagt, Deutschland sei eine „solide und verlässliche Demokratie“, zu deren wachsender Verantwortung gehöre es, den Einsatz militärischer Gewalt „als letztes Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“. In diesem Sinne können auch Rüstungsexporte als aktive Friedenspolitik verstanden werden. Angela Merkel hat verkündet, „Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren“, sollten durch Rüstungsexporte „befähigt“ werden, selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.

Deutschland als Krisen- und Kriegsgewinnler – hatte Außenminister Steinmeier das vor Augen, als er im vergangenen Jahr in einer Grundsatzrede sagte: „Was in der Außenpolitik fehlt, ist die Verortung, der Kompass dafür, was Verantwortung heißt, was gerecht ist und was nicht, was anständig ist, was Politik leisten kann und was nicht?“ Wir Scheinheiligen!

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.